

# Das Überleben des Liberalismus

Es hat den Anschein, als ob die Versuche eingestellt worden sind, die Ideengeschichte der großen Ideologien zeithistorisch fortzuschreiben. Im Gefolge des Koselleckschen Sattelzeittheorems trifft man häufig auf den Befund einer Verwässerung oder Cross-over-Beeinflussung ehemals klar voneinander unterscheidbarer «politischer Ideenkreise» (Hermann Heller). Für den Konservatismus und den Liberalismus lassen sich zwei Phänomene einer substantiellen Niedergangsgeschichte, also die Entfernung von einer vermeintlich kanonischen Lehre, überzeugend nachweisen. Zum einen adaptierten beide programmatisch und strategisch bestimmte Ziele der aufstrebenden Arbeiterbewegung – ob man mit Blick auf Deutschland im ausgehenden 19. Jahrhundert nun die Bismarcksche Sozialgesetzgebung oder aber die Naumannschen Initiativen zur sozialliberalen Reform heranzieht. Zum anderen löste sich die Verbindung zwischen sozialer Trägergruppe und politischer Ideologie im Zuge sozialer Nivellierungstendenzen und der Herausbildung neuer Mittelschichten zusehends auf. Konsequenterweise hat Panajotis Kondylis (*Konservatismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang, Stuttgart 1986*) den Konservatismus mit der politischen Marginalisierung des Adels auslaufen lassen, während das Ende der *Belle Époque*, des bürgerlichen Zeitalters, für viele Beobachter gleichzeitig den Untergang des Liberalismus markiert. Diese Lesart war bereits in der Zwischenkriegszeit *en vogue*.

Im Gegensatz zum Konservatismus, der von Anfang an eher als flexibles reaktives Grundmuster denn in seinen (wandlungsanfälligen) Werteorientierungen beschrieben werden konnte, führte der Liberalismus zumindest nominell ein relativ konstantes normatives Gerüst mit sich und setzte geschichtsphilosophisch anfangs ausschließlich auf Fortschritt; späterhin rechnete er mit Kontingenz und machte zumindest die Zukunftsoffenheit zum Programm. Die Schwierigkeit, den Liberalismus ideengeschichtlich an die Gegenwart heranzuführen, liegt nicht in seiner Vergänglichkeit, sondern in

seiner Universalisierung. Eben weil heute in den westlichen Demokratien weite Bereiche von Gesellschaft und Politik liberalisiert sind, lässt sich immer weniger zugespitzt sagen, was Liberalismus noch meinen könnte. Jörn Leonhard spricht in seiner monumentalen Begriffsgeschichte (*Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters, München 2001*) gar von der Aufhebung des Liberalismus als politischem Deutungsmuster. Folgt man diesem Befund, dann hat ein einstiger Bewegungsbegriff die Kraft verloren, Erwartungen zu evozieren. Der Liberalismus steht also einerseits im Verdacht, sich totgesiegt zu haben, während er andererseits – vor allem im angelsächsischen Raum – nach wie vor ein unersetzlicher Selbstverständigungsbegriff bleibt, dem sehr wohl noch eine zukunftsorientierende Funktion zukommt. Dort ist der Liberalismus viel zu sehr lebendige Tradition, als dass man Leonhards Lesart zur Kenntnis nehmen wollte. Eigentümlicherweise verharrt die ideengeschichtliche Forschung in ihrer liberalen Vergewisserungsarbeit aber größtenteils im 18./19. Jahrhundert, wo die Galionsfiguren von Montesquieu bis Mill, von Smith bis Tocqueville mit großem Eifer variierenden Interpretationen unterzogen werden.

In der Tat lassen sich, das hat die bedeutende Arbeit von Stephen Holmes über *Passions and Constraint (On the Theory of Liberal Democracy, Chicago/London 1995)* gezeigt, aus den Klassikern immer wieder neue Funken schlagen. Holmes' Originalität lag darin, kanonischen Autoren wie Locke, den Federalists, Smith oder Mill ihre Komplexität wiederzugeben und sie für eine moderne deliberative Theorie der liberalen Demokratie als Wohlfahrtsstaat nutzbar zu machen. Er korrigierte damit eindimensionale Lesarten, die im klassischen Liberalismus eine überholte Apologie des *laissez faire* und der bürgerlichen Selbstprivilegierung sehen. Für Holmes ist der Liberalismus eine normenbasierte und keine individualinteressenfixierte Theorie geblieben, die sich von Beginn an um das Gemeinwohl, die Ausge-

staltung des Rechtsstaates, die Herstellung von Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit gekümmert hat. Holmes' Verdienst ist es, das fortwährende Ringen um politische Freiheit im Lichte konstitutiver Normen des Liberalismus und sich wandelnder sozialer Herausforderungen verständlich gemacht zu haben.

Den nach wie vor – trotz aller Kontextualisierungsanforderungen à la Cambridge – gängigen Weg einer historisch-hermeneutisch informierten politischen Theorie, die auf diskursive Einbettung weitgehend verzichtet, hat jüngst auch Duncan Kelly (aus Cambridge) gewählt (*The Propriety of Liberty. Persons, Passions and Judgement in Modern Political Thought*, Princeton/Oxford 2011). Auch ihm geht es weniger um Ideengeschichte als um Rekonstruktion in aktualisierender Absicht. Im Sinne einer handlungs- und akteursorientierten politischen Theorie möchte er nicht etwa *property*, sondern *propriety* als Kernbegriff eines liberalen Politikverständnisses verstanden wissen. Nach hohem exegetischem Aufwand bleiben Kellys Erkenntnisgewinne allerdings vergleichsweise schlicht: Dass schon Montesquieu, Mill oder T.H. Green ihren Freiheitsbegriff im Spannungsfeld von Leidenschaften, selbstbestimmter Lebensführung und politischer Urteilskraft angesiedelt haben, nimmt der geneigte Leser dankbar zur Kenntnis. Inwiefern ein solcher liberaler Tugendkatalog von Anstand und Redlichkeit allerdings in Konflikt mit sozioökonomischen Wandlungsprozessen und veränderten Bedingungen von *personhood* gerät, wird von Kelly leider nicht eigens problematisiert.

Am politischen Biss hingegen fehlt es den Kritikern des Liberalismus nicht. Wenn Colin Crouch *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus* (Berlin 2011) und seines ökonomischen Regimes diagnostiziert oder wenn der italienische Altmarxist Do-

menico Losurdo in einer vorgeblich mythendestruierenden «Gegengeschichte des Liberalismus» (*Liberalism. A Counter-History*, London 2011) diesen zur Ideologie von Sklaverei, Gewalt und Kolonialismus erklärt, käme niemand auf die Idee, dass es sich beim Liberalismus um ein längst untergegangenes politisches Ideengefüge handeln könnte. Während Crouchs Kritik am transnationalen Regime der Großkonzerne immerhin Evidenzen für eine auf die Spitze getriebenen (und weitgehend ohne Theorie auskommende) marktliberale Praxis im globalen Maßstab geltend machen kann, reaktiviert Losurdo das überkommene antiimperialistische Arsenal, um normative Theorie und praktische Politik munter zu vermischen, mit dem erwartbaren denunziatorischen Ertrag: Vergesst Jefferson, denn er besaß Sklaven; Finger weg von Mill und Tocqueville, denn sie waren Rassisten!

Abseits dieser moralischen Urteilsfreudigkeit über den Liberalismus wäre es angezeigt, dessen Langlebigkeit, seine Lernprozesse und Adaptionfähigkeiten im 20. Jahrhundert genauer zu untersuchen. Diesen Weg hat Richard Bellamy in seinem klugen Buch *Liberalism and Modern Society (A Historical Argument)*, University Park, PA 1992) bereits beschritten. Betrachtet man Liberalismus nicht als Ideologiedinosaurier, sondern als treibende ideelle Kraft der liberalen Demokratie, dann kann man nicht umhin, die Krisen des vergangenen Jahrhunderts unter dem Aspekt einer Transformation und stetigen Neujustierung liberaler Theoriebildung neu zu lesen. Die Weltkriegsepoche, der Kalte Krieg, das Aufkommen der Neuen Linken und nicht zuletzt die Suche nach Orientierung in einer globalisierten Welt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts haben theoretische Weiterungen und Umbauarbeiten nach sich gezogen, die im Sinne einer Ideengeschichte des Liberalismus noch der Erklärung harren.